

Einwohnerfragestunde

(vor Beginn der Tagesordnung im öffentlichen Teil)

Der Träger der Bürgermedaille, Herr Bredemeier, stellte einige Fragen zur Einbahnstraßenregelung für den Radfahrverkehr in Burgdorf. Seines Erachtens würden erst dann, wenn Unfälle entstünden, die von der Polizei aufgenommen würden, die Maßnahmen wieder zurückgenommen. Er wolle daher wissen, wer mit welcher Begründung die bisherigen Regelungen aufgehoben habe und wo und welche Unfälle sich ereignet hätten. Weshalb würden die Empfehlungen der Forschungsgesellschaft für Straßenwesen in Burgdorf nicht angewendet, in Nordrhein-Westfalen seien diese Regelungen verbindlich.

Bürgermeister Baxmann erklärte, dass man die gestellten Fragen im Detail in der heutigen Sitzung nicht beantworten könne. Man werde diese aber in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Verkehr beantworten. Die Verwaltung habe sich ihre Entscheidung nicht einfach gemacht, sondern man habe sich von der örtlichen Polizei beraten lassen. Da sich deren Auffassung mit den Erkenntnissen der Straßenverkehrsbehörde der Stadt Burgdorf gedeckt habe, sei die genannte Entscheidung gefallen. Wenn es allerdings neuere Erkenntnisse gebe, die zu anderen Schlussfolgerungen führen, würden sich Rat und Verwaltung dem nicht verschließen. Derzeit habe man sich allerdings dem Rat der Polizei angeschlossen.

Eine Zuhörererin erkundigte sich, warum es in Burgdorf keine Gepäckaufbewahrung am Bahnhof gebe.

Bürgermeister Baxmann teilte mit, dass das Bahnhofsgebäude derzeit noch der Deutschen Bahn AG gehöre. In diesem Zusammenhang berichtete er, dass die Bahn in einem Telefonat ihm heute mitgeteilt habe, dass der Bahnhof an einen privaten Investor veräußert werden solle. Damit würden Einwirkungsmöglichkeiten der Stadt Burgdorf zukünftig noch geringer werden. Er habe versucht, heute mit einem Zuständigen bei der Deutschen Bahn AG Kontakt aufzunehmen, was leider nicht gelungen sei. Er werde dies morgen weiter versuchen. Der Burgdorfer Bahnhof gehöre offensichtlich zu den rd. 490 Bahnhofsgebäuden, die an private Investoren veräußert werden sollen. Er sei sich daher relativ sicher, dass der von der Bürgerin vorgetragene Wunsch auch in Zukunft nicht realisiert werde.